



PRESSE- INFORMATION

1/2017

29. September 2017

Niedersächsische Seehäfen und Gewerkschaften legen gemeinsam seehafenpolitische Kernforderungen zur Landtagswahl vor

Emden/Oldenburg/Stade. Eine Erhöhung der Investitionen in die Infrastruktur der niedersächsischen Seehäfen, der bedarfsgerechte Ausbau ihrer verkehrlichen Anbindung, der Breitbandausbau in den Hafengebieten und ein eigener Ausschuss für Häfen und Schifffahrt sind die seehafenpolitischen Kernforderungen, die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen, DGB und ver.di heute im Vorfeld der anstehenden Landtagswahl in Niedersachsen veröffentlicht haben.

„Damit die Belange der Hafenwirtschaft in der Landespolitik angemessen vertreten werden können, muss es in der nächsten Legislaturperiode endlich einen eigenen Ausschuss für Häfen und Schifffahrt im Niedersächsischen Landtag geben. Darüber hinaus ist für den Erhalt der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Niedersächsischen Seehäfen eine dauerhafte Erhöhung der Landesmittel auf mindestens 40 Millionen Euro pro Jahr sowie die zusätzliche Bereitstellung von Landesmitteln für besondere Großprojekte, wie die Instandhaltung von Schleusen, erforderlich“, betonen Karsten Dirks, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen, Annette Düring, Geschäftsführerin der DGB Region Bremen-Elbe-Weser, Stefan Schubert, Landesfachbereichsleiter Verkehr des ver.di-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen und Vera

1/3

Visser, ver.di-Fachsekretärin im Bereich Verkehr für den Bezirk Bremen/Nordniedersachsen in ihrem gemeinsamen Appell an die Niedersächsische Landespolitik.

„Neben einem nachfrageorientierten und vorausschauenden Erhalt und Ausbau unserer Seehäfen muss auch ihre verkehrstechnische Anbindung bedarfsgerecht ausgebaut werden“, so Dirks weiter. Dies beinhaltet insbesondere die zügige Umsetzung der im neuen Bundesverkehrswegeplan genannten Projekte. Hierzu zählten neben dem Ausbau wichtiger Hafenhinterlandanbindungen der Seehäfen an die Wirtschaftszentren im Binnenland auch die Fahrrinnenanpassungen von Ems, Weser und Elbe, unterstreicht Dirks. Zu einer Ausweisung von Naturschutzgebieten in den Flussmündungen, die gleichfalls Hafenzufahrten und Umschlagsgebiet sind, dürfe es daher nicht wie aktuell diskutiert kommen.

„Um auch nachkommenden Generationen in der Küstenregion eine Perspektive für gute Arbeit mit guter Vergütung zu bieten, muss in der Hafenwirtschaft die Digitalisierung als Chance zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden“, sagt Schubert. Für die Weiterentwicklung der Arbeitsplätze müsse der Prozess der Digitalisierung durch eine umfassende Weiterbildungs- und Qualifizierungsoffensive gestaltet werden. Nur so sei eine positive Beschäftigungsbilanz dieses technologischen Wandels zu erreichen, bekräftigt Schubert.

„Damit die Digitalisierung in den Seehäfen funktionieren kann, ist eine leistungsstarke und verlässliche Breitbandinfrastruktur erforderlich“, äußert Düring. Für die Sicherung von Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand an der Küste müssten bestehende Versorgungslücken zügig geschlossen und flächendeckend Breitbandanschlüsse zur Verfügung gestellt werden. „Eine zukunftsweisende Breitbandinfrastruktur ist für den Erhalt der Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Seehäfen und damit auch für den Erhalt guter Arbeitsplätze unverzichtbar“, betont Düring.

Die seehafenpolitischen Kernforderungen zur Landtagswahl von der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen, dem DGB und ver.di können als PDF-Datei heruntergeladen werden:

<http://www.seehafen-niedersachsen.de/aktuelles-presse.php>

Die Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen ist der Zusammenschluss von neun niedersächsischen Seehäfen in Brake, Cuxhaven, Emden, Leer, Nordenham, Oldenburg, Papenburg, Stade und Wilhelmshaven. Sie vertritt die politischen Interessen der niedersächsischen Seehafenwirtschaft gegenüber Land, Bund und EU.